

Die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen Juden durch das nationalsozialistische  
Deutschland 1933–1945

Band 5

West- und Nordeuropa  
1940 – Juni 1942

Bearbeitet von Katja Happe, Michael Mayer, Maja Peers  
Mitarbeit: Jean-Marc Dreyfus

Oldenbourg Verlag München 2012

# Dokumentenverzeichnis

## Norwegen

- 1 Der tschechische Literaturhistoriker Fraenkl bittet Professor Schjelderup am 31. Oktober 1939, ihn bei der Emigration nach Norwegen zu unterstützen
- 2 Egersundsposten: In einem Interview äußert sich Moritz Rabinowitz am 30. Januar 1940 über Antisemitismus und die Situation der Juden im Krieg
- 3 Die Wiener Studentin Ruth Maier beschreibt am 18. Mai 1940 ihre Einsamkeit als Flüchtling in Norwegen
- 4 Der Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitschrift Ragnarok berichtet dem Kommandanten von Oslo am 29. Mai 1940 über Reaktionen auf die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte
- 5 Fritt Folk: Die NS-Parteizeitung gibt am 1. April 1941 eine Rede von Vidkun Quisling über die Juden in Norwegen wieder
- 6 Die jüdische Gemeinde in Oslo erfragt am 21. April 1941 von ihrer Schwestergemeinde in Trondheim die Zahl der im Norden Norwegens lebenden Juden
- 7 Die Gestapo in Norwegen verhaftet am 9. Mai 1941 den Schriftsteller Eugen Lewin Dorsch wegen seiner deutschfeindlichen Haltung
- 8 Der Pastor Arne Fjellbu berichtet in seinem Tagebuch vom 30. April bis zum 21. Mai 1941 über Maßnahmen gegen Juden in Trondheim
- 9 Das Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete informiert am 5. Juni 1941 das Auswärtige Amt über die Verteilung der jüdischen Bevölkerung in Norwegen
- 10 Die Sicherheitspolizei verhaftet am 22. Juni 1941 jüdische Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Oslo
- 11 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD berichtet dem Reichssicherheitshauptamt am 3. Juli 1941 über Angriffe auf Geschäfte von Juden
- 12 Justizminister Riisnæs entzieht dem Rechtsanwalt Willy Rubinstein wegen dessen jüdischer Herkunft am 6. September 1941 die Zulassung
- 13 Der Osloer Bischof Berggrav lehnt es am 9. September 1941 ab, Ehen zwischen norwegischen Staatsbürgern und Juden oder Samen zu verbieten
- 14 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD fordert den Leiter der norwegischen Polizei am 10. Oktober 1941 auf, die Kennzeichnung der Ausweise von Juden vorzubereiten
- 15 Der Pastor Arne Fjellbu schildert am 11. November 1941 in seinem Tagebuch die Verhaftung von Juden in Trondheim
- 16 Ein anonymen Verfasser berichtet im November 1941 über die Konfiszierung der Geschäfte von Juden in Trondheim

- 17 Der Vertreter Norwegens in Stockholm kritisiert am 22. November 1941, dass schwedische Beamte Flüchtlinge aus Norwegen im Grenzgebiet aufgreifen und wieder zurückschicken
- 18 Die Zeitung: Artikel vom 2. Dezember 1941 über die Maßnahmen gegen Juden in Norwegen und die Gründung einer Anti-Juden-Liga in Dänemark
- 19 Vestfold Presse: In einem Artikel vom 10. Januar 1942 schildert ein norwegischer SS-Mann seinen Einsatz im Krieg gegen die Sowjetunion und die Ermordung von Juden in Lemberg
- 20 Der Leiter der norwegischen Sicherheitspolizei instruiert am 10. Januar 1942 alle Polizeidienststellen über die Pflicht für Juden, ihre Ausweise kennzeichnen zu lassen
- 21 Die norwegische Sicherheitspolizei informiert die Leiter der Polizeidienststellen am 6. Februar 1942 über die Registrierung von Juden
- 22 Fritt Folk: Meldung vom 9. März 1942 über die erste Hinrichtung von Juden in Norwegen
- 23 Aftenposten: Bekanntmachung über die Wiedereinführung des Einreiseverbots für Juden nach Norwegen vom 14. März 1942
- 24 Ruth Maier beschreibt am 20. Juni 1942 ihre zwiespältigen Gefühle gegenüber anderen Juden und den österreichischen Wehrmachtsangehörigen

## Niederlande

- 25 Justizminister Goseling teilt am 7. Mai 1938 mit, dass fortan keine Flüchtlinge aus Deutschland mehr in den Niederlanden aufgenommen werden sollen
- 26 Wilhelm Halberstam charakterisiert das Leben der jüdischen Flüchtlinge in den Niederlanden am 31. August 1939 in einem Gedicht
- 27 Die Eheleute Levy regeln am 14. Mai 1940 in einem Abschiedsbrief den Umgang mit ihrem Nachlass
- 28 Harry C. Schnur schildert den Angriff der Deutschen auf die Niederlande und seine Flucht am 15. Mai 1940 aus dem Hafen IJmuiden
- 29 Ein Referent des Reichssicherheitshauptamts bittet seine Vorgesetzten am 18. Mai 1940, wertvolle Bücher aus jüdischen Bibliotheken in Amsterdam beschlagnahmen zu dürfen
- 30 Der Bürgermeister von Den Haag ehrt am 20. Mai 1940 ein jüdisches Mitglied des Stadtrats, das sich das Leben genommen hat
- 31 Het Nationale Dagblad: In einem Artikel vom 4. Juni 1940 wird das Ende des jüdischen Einflusses begrüßt
- 32 Egon von Bönninghausen beglückwünscht Meinoud Rost van Tonningen am 5. Juni 1940 zu dessen Rückkehr nach der Internierungshaft und schimpft auf die Juden
- 33 Das Einsatzkommando III der deutschen Sicherheitspolizei berichtet am 8. Juni 1940 über die Stimmung in den Niederlanden

- 34 Der Stürmer: Artikel vom Juni 1940 über die ersten Eindrücke eines deutschen Soldaten in Amsterdam
- 35 Der Befehlshaber der deutschen Ordnungspolizei schließt am 1. Juli 1940 Juden aus dem Luftschutzdienst aus
- 36 Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Amsterdam vom 5. Juli 1940 über das Verhalten der deutschen Verwaltung gegenüber den Juden
- 37 De Doodsklok: Artikel vom 24. August 1940 mit der Forderung, den Juden keine Lebensmittelmarken mehr zukommen zu lassen
- 38 Der Leiter des Sozialen Jugenddienstes wird verhaftet, weil er am 16. September 1940 seine Kündigung mit der drohenden Ungleichbehandlung der Juden begründet
- 39 Der Generalsekretär des niederländischen Justizministeriums fordert am 11. Oktober 1940 alle Beamten zum Nachweis ihrer „arischen“ Herkunft auf
- 40 De Unie: Die Leiter der Niederländischen Union nehmen am 12. Oktober 1940 Stellung zur Lage der Juden in den Niederlanden
- 41 Der Sekretär des niederländischen Zentralverbands des Postpersonals gibt den Schwestern Rienks am 17. Oktober 1940 Hinweise zum Ausfüllen der „Ariererklärung“
- 42 Die am 22. Oktober 1940 von Reichskommissar Seyß-Inquart erlassene Verordnung zwingt alle Juden zur Anmeldung ihrer Geschäfte und legt fest, wer als Jude gilt
- 43 Sechs protestantische Kirchen der Niederlande kritisieren am 24. Oktober 1940 gegenüber Reichskommissar Seyß-Inquart die Vorschriften für jüdische Beamte
- 44 Willem Limburg lädt zur Gründungsversammlung einer Interessenvertretung der „arischen“ Diamantschleifer am 26. Oktober 1940 ein
- 45 In einer Sendung auf Radio Oranje verurteilt Marcus van Blankenstein am 29. Oktober 1940 die Maßnahmen gegen die Juden
- 46 Die niederländischen Generalsekretäre fassen am 25. November 1940 für den Reichskommissar ihre Haltung zur deutschen Politik gegenüber den Juden zusammen
- 47 Der Juraprofessor Isaak Kisch hält am 26. November 1940 eine Abschiedsrede vor seinen Studenten
- 48 Der Berliner Verleger Erich Erdmenger fordert am 26. November 1940 die Wirtschaftsprüfstelle Den Haag auf, ihm jüdische Firmen zu nennen, die er übernehmen könnte
- 49 Gertrud van Tijn-Cohn vom Komitee für jüdische Flüchtlinge bittet am 28. November 1940 den Joint, sich für Flüchtlinge in den Niederlanden einzusetzen
- 50 Der niederländische Nationalsozialist P.H. Hörmann beschreibt seinen Kindern in Deutschland am 29. November 1940 die politische Lage in den Niederlanden
- 51 Bericht vom November 1940 über die Stellung der Juden in den freien Berufen und im Wirtschaftsleben der Niederlande
- 52 Jan Koopmans kritisiert im November 1940 in einer illegalen Broschüre die mangelnde Zivilcourage innerhalb der niederländischen Gesellschaft
- 53 Die Judenfrage: Artikel vom 20. Dezember 1940 über die antijüdische Politik der deutschen Besatzer in den Niederlanden

- 
- 54 Reichskommissar Seyß-Inquart zwingt mit einer Verordnung vom 10. Januar 1941 alle Juden, sich bei den Behörden anzumelden
  - 55 The New York Times: Artikel vom 14. Februar 1941 über Unruhen in Amsterdam
  - 56 Die Niederländisch-Israelitische Glaubensgemeinschaft verschickt am 14. Februar 1941 die Rede Abraham Asschers zur Gründung des Jüdischen Rats
  - 57 Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes in den Niederlanden berichtet seiner Dienststelle in Berlin am 17. Februar 1941 über die Unruhen in Amsterdam
  - 58 Der Beauftragte des Reichskommissars für die Stadt Amsterdam Böhmcker informiert am 17. Februar 1941 die Verwaltung über die Einrichtung eines Gettos
  - 59 Het Parool: Artikel vom 17. Februar 1941 über das Misslingen der deutschen Pläne zur Nazifizierung der Niederlande und die Unruhen im jüdischen Viertel
  - 60 Der Generalkommissar für das Sicherheitswesen Rauter gibt am 22./23. Februar 1941 die Verhaftung von 400 Juden als Reaktion auf die Unruhen in Amsterdam bekannt
  - 61 Aus Protest gegen die Massenverhaftungen von Juden wird am 24. Februar 1941 in einem illegalen Flugblatt zum Generalstreik aufgerufen
  - 62 Der Polizeiinspektor Douwe Bakker berichtet am 25. und 26. Februar 1941 von der Niederschlagung des Februarstreiks
  - 63 Der Befehlshaber der Wehrmacht in den Niederlanden ruft am 26. Februar 1941 den Kriegszustand für die Provinz Nordholland aus und befiehlt, die Streiks zu beenden
  - 64 P. D. Sondervan schildert am 26. Februar 1941 in ihrem Tagebuch ihre Eindrücke vom Februarstreik
  - 65 Der Höhere SS- und Polizeiführer Rauter meldet am 27. Februar 1941 die Beruhigung der Lage nach den Streiks
  - 66 J.Ch.M. Kruisinga berichtet vom 27. Februar bis 2. März 1941 über den Streik in Amsterdam
  - 67 Reichskommissar Seyß-Inquart erlässt am 12. März 1941 die „Wirtschaftsentjudungsverordnung“
  - 68 Die Studentin Etty Hillesum ergründet am 15. März 1941 ihren Hass auf die deutschen Besatzer und deren Politik
  - 69 Der Cafébesitzer Arie Verhoog droht am 8. April 1941, sich an einem jüdischen Kaufmann zu rächen, falls dieser ihn weiter verleumde
  - 70 Der Höhere SS- und Polizeiführer Rauter ordnet am 18. April 1941 die Errichtung einer Zentralstelle für jüdische Auswanderung an
  - 71 Maria Grutterink bittet die Wirtschaftsprüfstelle am 19. April 1941, ihre Apotheke im Amsterdamer Judenviertel an einen Juden verkaufen zu dürfen
  - 72 Deutsche Zeitung in den Niederlanden: Artikel vom 20. April 1941 über die Reaktionen der einheimischen Bevölkerung auf die Judenverfolgung in den Niederlanden
  - 73 Der Arzt Oscar Cahen teilt im April 1941 mit, dass er zukünftig nur noch jüdische Patienten behandeln darf
  - 74 Bericht des britischen Geheimdienstes vom 13. Mai 1941 über die Lebensbedingungen in den Niederlanden und die Behandlung der Juden

- 
- 75 Arthur Frank bittet seinen Vetter Emil Mayer in New York am 21. Mai 1941, ihn bei seiner Emigration zu unterstützen
  - 76 Time: Artikel vom 2. Juni 1941 über die Proteste niederländischer Studenten gegen die Entlassung ihrer jüdischen Professoren und Dozenten
  - 77 Der Generalkommissar für das Sicherheitswesen Rauter untersagt am 4. Juni 1941 Juden den Besuch öffentlicher Einrichtungen
  - 78 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD weist am 12. Juni 1941 das niederländische Justizministerium an, wie der Besitz von Radios in „Mischehen“ zu regeln ist
  - 79 Der niederländische Generalsekretär Goedewaagen erhält am 12. Juni 1941 die Zustimmung zur Gründung eines jüdischen Orchesters
  - 80 Het Parool: Artikel vom 23. Juni 1941 über neue antijüdische Ausschreitungen in Amsterdam
  - 81 Emil Mayer bedauert am 24. Juni 1941, seinem Vetter nicht bei der Emigration in die USA helfen zu können
  - 82 Der Generalsekretär des niederländischen Innenministeriums Frederiks weist am 3. Juli 1941 die Bürgermeister an, alle Kennkarten von Juden mit einem „J“ zu versehen
  - 83 Die Jüdische Koordinationskommission unterrichtet am 11. Juli 1941 ihre regionalen Vertreter über die Pläne der deutschen Verwaltung zur Liquidation jüdischer Betriebe
  - 84 Der Fabrikant Carl Hubert weigert sich am 1. August 1941, Lizenzgebühren an zwei Unternehmen zu zahlen, die er für jüdisch hält
  - 85 Verordnung des Reichskommissars Seyß-Inquart vom 8. August 1941 über den Umgang mit jüdischem Vermögen
  - 86 Der Reichskommissar verfügt am 8. August 1941 die Einrichtung separater Schulen für Juden
  - 87 Stadtdirektor Klaas Kaan beschreibt am 14. August 1941 die bisherigen Maßnahmen zur Isolation der Juden und seine Gesamteinschätzung der Situation
  - 88 Vertreter des Jüdischen Rats erläutern dem Beauftragten des Reichskommissars für Amsterdam am 18. August 1941, warum sich keine Freiwilligen zum Arbeitseinsatz melden
  - 89 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD klärt am 28. August 1941 die Zuständigkeiten des neu geschaffenen Sonderreferats „J“ im Hinblick auf die Aussiedlung aller Juden
  - 90 Der Generalkommissar für Verwaltung und Justiz teilt dem Generalkommissar für Finanz und Wirtschaft am 5. September 1941 das Ergebnis der Registrierung der Juden mit
  - 91 Aus christlicher Überzeugung weigert sich eine Mutter am 5. September 1941, eine „Ariererklärung“ für ihre beiden Töchter auszufüllen
  - 92 Der Erzbischof von Utrecht lehnt es am 11. September 1941 ab, katholisch getaufte Kinder aufgrund ihrer Abstammung vom Unterricht auszuschließen

- 93 Der Generalkommissar für das Sicherheitswesen Rauter schränkt am 15. September 1941 die Bewegungsfreiheit der Juden in der Öffentlichkeit weiter ein
- 94 Das niederländische Ministerium für Volksaufklärung und Künste beschwert sich am 25. September 1941 beim Generalkommissar für das Sicherheitswesen über ein jüdisches Ensemble
- 95 Der Beauftragte für die Stadt Amsterdam Böhmecker berichtet dem Reichskommissar am 2. Oktober 1941, was bisher gegen die Juden in den Niederlanden unternommen wurde
- 96 Westdeutscher Beobachter: Artikel vom 11. Oktober 1941 über das Verhältnis zwischen Juden und nichtjüdischen Niederländern
- 97 Meijer de Vries reflektiert am 12. Oktober 1941 in einer Notiz für Kollegen die Rolle und die momentanen Möglichkeiten des Jüdischen Rats
- 98 Die jüdische Koordinationskommission äußert am 14. Oktober 1941 ihre Besorgnis über die zunehmende Isolation der Juden
- 99 Das Auswärtige Amt problematisiert am 5. November 1941 die Intervention Schwedens zugunsten der niederländischen Häftlinge in Mauthausen
- 100 Baruch Wagenaar bittet am 5. November 1941 darum, die nichtjüdische Pflegerin seiner geistig behinderten Tochter behalten zu dürfen
- 101 Die Bank Lippmann, Rosenthal & Co. Sarphatistraat zieht am 11. November 1941 eine erste Bilanz der Zwangseinzahlungen von Juden
- 102 The New York Times: Artikel vom 18. November 1941 über die hohe Todesrate der nach Mauthausen deportierten Juden
- 103 Henricus van den Akker denunziert am 21. November 1941 Hugo Kruijne, weil dieser als Jude noch immer im öffentlichen Dienst arbeite
- 104 Reichskommissar Seyß-Inquart fasst am 25. November 1941 den Stand der „Judenfrage“ in den Niederlanden zusammen
- 105 David Cohen informiert den Jüdischen Rat am 27. November 1941 über die neuesten Anordnungen der deutschen Besatzer
- 106 In einem Brief an seinen Freund Lodewijk Ernst Visser verteidigt David Cohen am 30. November 1941 die Zusammenarbeit des Jüdischen Rats mit den Besatzern
- 107 Lodewijk Ernst Visser beschreibt am 11. Dezember 1941 seine vergeblichen Versuche, Verbesserungen für die bei Razzien verhafteten Juden zu erreichen
- 108 Ein Vertreter der britischen Gesandtschaft in Stockholm berichtet am 16. Dezember 1941 über die Zustände in den Niederlanden
- 109 Rost van Tonningen äußert am 28. Dezember 1941 gegenüber dem Führer der Nationalsozialistischen Bewegung Mussert seine Unzufriedenheit über den Stand der „Arisierungen“
- 110 Der Jüdische Rat fordert am 8. Januar 1942 die zum Arbeitseinsatz einberufenen Personen auf, diesem Befehl unbedingt Folge zu leisten
- 111 Der Jüdische Rat diskutiert am 12. Januar 1942 über die Ausdehnung des Arbeitseinsatzes für Juden

- 
- 112 Vertreter der niederländischen Kirchen kritisieren am 14. Januar 1942 gegenüber dem Generalsekretär für Justiz die Rechtlosigkeit der Juden und das Vorgehen der Besatzungsmacht
  - 113 Die Vorsitzenden des Jüdischen Rats teilen am 27. Januar 1942 mit, dass Juden in den Provinzen in das Lager Westerbork umziehen müssen
  - 114 Bürgermeister Voûte bittet am 28. Januar 1942 den deutschen Beauftragten für Amsterdam, keine weiteren Juden in der Stadt unterzubringen
  - 115 Felix Hermann Oestreicher schildert am 17. Februar 1942 in einem Brief an seine Kinder die angespannte Situation in der Familie
  - 116 De Misthoorn: Artikel vom 21. Februar 1942 über die Rassenmerkmale der Juden in den Niederlanden
  - 117 Der Generalstaatsanwalt in Arnheim fordert am 23. Februar 1942 die örtlichen Polizeidienststellen auf, Schilder mit der Aufschrift „Für Juden verboten“ anzubringen
  - 118 Ein Mitarbeiter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt am 25. Februar 1942 die „Arisierung“ des Betriebs von Lazarus Lazarus in Winschoten
  - 119 H.M. van Randwijk versucht im Februar 1942 mit seiner illegalen Broschüre „Es sei denn ...“ die niederländische Bevölkerung wachzurütteln
  - 120 Der Pfarrer Willem Oosthoek unterrichtet den Sekretär der Generalsynode der Niederländisch-Reformierten Kirche am 5. März 1942 über seine Aktion zugunsten der Juden
  - 121 Der Jüdische Rat bespricht am 5. März 1942 die Forderung der Besatzungsmacht, weitere 3000 Juden in die niederländischen Arbeitslager zu schicken
  - 122 Der niederländische Generalsekretär des Inneren Frederiks kritisiert am 11. März 1942 die Auffassung des Reichskommissars, die Juden nicht als Niederländer zu betrachten
  - 123 Die Vorsitzenden des Jüdischen Rats fordern die Insassen der Arbeitslager am 20. März 1942 auf, nach ihrem Urlaub wieder in die Lager zurückzukehren
  - 124 Ein Kirchenratsmitglied beschwert sich am 23. März 1942 über das Schweigen der Niederländisch-Reformierten Kirche zu den antijüdischen Maßnahmen
  - 125 Der Vorsteher eines Krankenhauses in Amersfoort teilt dem Erzbischof von Utrecht am 24. März 1942 mit, dass er keine Verbotsschilder für Juden anbringen werde
  - 126 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD bestätigt am 1. April 1942, dass die Nürnberger Rassegesetze sinngemäß auch in den Niederlanden angewendet werden
  - 127 Der Jüdische Rat bittet die Zentralstelle für jüdische Auswanderung am 23. April 1942 um die Rückgabe beschlagnahmter Kultusgegenstände
  - 128 Vrij Nederland, London: Artikel vom 25. April 1942 über die zunehmende Zahl von Eheschließungen unter Juden, da Unverheirateten die Einweisung in Arbeitslager droht
  - 129 Flip Slier schildert seinen Eltern am 29. April 1942 das Leben im Arbeitslager Molengoot



- 
- 130** Der Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung beschreibt am 29. April 1942, wie entsetzt der Jüdische Rat auf die Einführung des Judensterns reagiert
- 131** In einem illegalen Flugblatt wird Ende April 1942 gegen die „Arisierung“ des niederländischen Wirtschaftslebens protestiert
- 132** Der Journalist J.A. Polak berichtet am 1. Mai 1942 über die Einführung des gelben Sterns
- 133** Storm SS: Artikel vom 8. Mai 1942 über die Einführung des Judensterns in den Niederlanden
- 134** Der Jüdische Rat sieht sich am 14. Mai 1942 erneut vor die Forderung der Besatzungsmacht gestellt, 3000 Männer, auch aus den Provinzen, in die Arbeitslager zu schicken
- 135** Het Joodsche Weekblad: Artikel vom 15. Mai 1942 über die Anordnung zur Einquartierung von Juden in Amsterdam
- 136** Die am 21. Mai 1942 verkündete Verordnung verpflichtet Juden zur Abgabe aller Vermögenswerte an das Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co.
- 137** Die Vorsitzenden des Jüdischen Rats warnen am 21. Mai 1942 vor den Folgen, die die Übertretung deutscher Vorschriften haben kann
- 138** Der niederländische Nationalsozialist Antoon Reijnga bittet am 1. Juni 1942 das Büro für jüdische Angelegenheiten, seiner Frau das Tragen des Judensterns zu erlassen
- 139** Tijdschrift voor de Amsterdamsche Politie: Artikel vom 6. Juni 1942 zur Rechtfertigung der polizeilichen Maßnahmen gegen Juden
- 140** Der Leiter des Judenreferats schildert dem Reichssicherheitshauptamt am 8. Juni 1942 die Reaktionen auf die Einführung des Judensterns in der niederländischen Gesellschaft
- 141** Reichskommissar Seyß-Inquart informiert den Beauftragten für die Provinz Limburg am 16. Juni 1942 über den Umgang mit Kulturgut und Hausrat aus jüdischem Eigentum
- 142** Anne Frank beschreibt am 20. Juni 1942, wie ihre Familie in die Niederlande gekommen ist
- 143** Etty Hillesum macht sich in ihrem Tagebuch am 20. Juni 1942 Gedanken über die Erniedrigung der Juden
- 144** Samson de Hond beschreibt vom 17. bis 25. Juni 1942 die Stationen der Flucht seiner Familie, die versteckt in einem Eisenbahnwaggon in die Schweiz gelangt
- 145** Adolf Eichmann unterrichtet das Auswärtige Amt am 22. Juni 1942 über die geplante Deportation von Juden aus Westeuropa nach Auschwitz
- 146** Aaltje de Vries-Bouwes berichtet in ihrem Tagebuch am 29. Juni 1942 von Gerüchten, dass in Polen Hunderttausende von Juden vergast würden

---

## Belgien

- 147 Der deutsche Generalkonsul in Antwerpen kommentiert am 8. Juli 1939 die zunehmend judenfeindliche Stimmung in der Stadt
- 148 Gerhard Wolff berichtet belgischen Bekannten am 16. Februar 1940 vom Tod seiner Tochter in der Internierungshaft und bittet dringend um Hilfe bei der Rückkehr nach Belgien
- 149 Miriam Gretzer schildert im Mai 1940 in ihrem Tagebuch die Flucht ihrer Familie aus Belgien
- 150 Arthur Czellitzer beschreibt am 4. Juni 1940 seine Odyssee durch Belgien auf der Flucht vor der deutschen Wehrmacht
- 151 Die Judenfrage: Artikel vom 7. Juni 1940 über die wirtschaftliche und politische Stellung der Juden in Belgien
- 152 Edith Goldapper berichtet über ihre Flucht aus Belgien nach Frankreich in der zweiten Juniwoche 1940
- 153 Marguerite Goldschmidt-Brodsky bemüht sich am 16. Juli 1940 beim Joint um Hilfe für jüdische Flüchtlingskinder aus Belgien
- 154 Die belgische Polizei vermerkt am 30. Juli 1940 die Misshandlung von Juden durch deutsche Soldaten auf dem Markt in Antwerpen
- 155 Der Kaufmann Norbert Vanneste versucht am 8. September 1940, mit Hilfe der Militärverwaltung Geschäftsanteile von seiner geschiedenen Frau zurückzuerlangen
- 156 Bericht für den Joint vom 26. September 1940 über die Situation der Flüchtlinge aus Belgien im Lager St. Cyprien in Südfrankreich
- 157 Die belgischen Generalsekretäre lehnen es am 11. Oktober 1940 ab, die Anweisungen der deutschen Militärverwaltung zur wirtschaftlichen Ausgrenzung der Juden zu befolgen
- 158 Mit der Verordnung vom 28. Oktober 1940 legt der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich die ersten antijüdischen Maßnahmen fest
- 159 Der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich ordnet am 28. Oktober 1940 die Entlassung aller Juden aus dem öffentlichen Dienst an
- 160 Nationalzeitung: Artikel vom 8. November 1940 über die Reaktionen der belgischen Presse auf die ersten antijüdischen Verordnungen
- 161 Vertreter der obersten belgischen Gerichtshöfe protestieren am 19. November 1940 beim Militärbefehlshaber gegen die Entlassung jüdischer Juristen
- 162 Die belgischen Generalsekretäre beraten am 3. Dezember 1940, in welcher Form die antijüdischen Bestimmungen des Militärbefehlshabers umzusetzen seien
- 163 Die Provinzverwaltung von Limburg gibt der Gemeinde Genk vor dem 19. Dezember 1940 Anweisungen zum Umgang mit aus Antwerpen ausgewiesenen Juden
- 164 Die Militärverwaltung erläutert am 21. Dezember 1940 den Umgang mit jüdischen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Belgien
- 165 Ilse Boehm schreibt nach der Ausweisung ihrer Familie aus Antwerpen am 16. und 20. Februar 1941 Karten an ihre ehemalige Lehrerin und an Schulkameradinnen

- 
- 166** Der Bürgermeister der Gemeinde Wilrijk streicht am 10. April 1941 Boris Melamid aus dem Judenregister
- 167** Eine Anwältin aus Antwerpen erkundigt sich am 24. April 1941, ob ihr Ausschluss aus der Rechtsanwaltskammer zulässig ist
- 168** Die Militärverwaltung regelt am 31. Mai 1941 in der Dritten Judenverordnung die Anmeldung und Kennzeichnung von Unternehmen und Vermögenswerten von Juden
- 169** Steeds Vereenigd – Unis Toujours: Artikel von Ende Mai 1941 über Plünderungen und Überfälle auf Juden in Antwerpen
- 170** Die Zeitung: Artikel vom 10. Juli 1941 über die weitere Beschränkung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage für Juden in Belgien
- 171** Auszug aus dem Jahresbericht der Militärverwaltung vom 15. Juli 1941 über die bisherigen Maßnahmen gegen die Juden in Belgien
- 172** Der Generalsekretär im Innenministerium weist am 29. Juli 1941 die Verwaltung an, die Pässe jüdischer Bürger zu kennzeichnen
- 173** Der Militärverwaltungschef schränkt am 29. August 1941 die Bewegungsfreiheit von Juden ein
- 174** België Vrij: Artikel vom 20. September 1941 über die Wirkung der antijüdischen Maßnahmen auf die belgische Bevölkerung
- 175** Der Militärverwaltungschef fasst am 29. September 1941 die Zustände im Lager Breendonk zusammen
- 176** Die Militärverwaltung beschließt am 15. Oktober 1941 die Gründung einer Zwangsvereinigung der Juden in Belgien
- 177** Brüsseler Zeitung: Artikel vom 25. November 1941 über die Reaktionen jüdischer Geschäftsinhaber auf die Kennzeichnungspflicht für ihre Unternehmen
- 178** Der Leiter der Warenstelle Diamant begründet am 17. Dezember 1941 die Anerkennung jüdischer Zwischenhändler
- 179** Der Internierte Mordchai Max Epstein bittet am 4. Januar 1942 den Sekretär der Vereinigung der Juden in Belgien um die Zusendung von Geld oder Lebensmitteln
- 180** Das Auswärtige Amt warnt das Reichssicherheitshauptamt nach dem 20. Januar 1942 vor Gegenreaktionen in Belgisch-Kongo, falls Maßnahmen gegen belgische Juden ergriffen würden
- 181** Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD skizziert am 31. Januar 1942 die Organisierung belgischer Antisemiten
- 182** Das Direktionskomitee der Vereinigung der Juden in Belgien berichtet am 5. März 1942 über die Einschreibung der Juden in Antwerpen
- 183** La Libre Belgique: Artikel vom 15. März 1942 über das neu erlassene Verbot jeglicher Geschäftsausübung für Juden
- 184** Joseph Schuermans listet am 18. April 1942 für die Militärverwaltung jüdische Firmen auf, deren Warenbestände er gerne übernehmen möchte

- 
- 185** Durch die Verordnung des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich vom 22. April 1942 fällt das Vermögen der deutschen Juden in Belgien an das Deutsche Reich
- 186** Volk en Staat: Ein Artikel vom 23. April 1942 warnt die „Arier“ vor den Juden
- 187** Die Vereinigung der Juden in Belgien erläutert der Militärverwaltung am 27. April 1942 den Aufbau und die Tätigkeiten der jüdischen Fürsorge
- 188** The Jewish Bulletin: Der belgische Premierminister Pierlot in London betont im April 1942 die Gleichheit aller belgischen Staatsbürger vor dem Gesetz
- 189** Der Internierte Sznierel Gecel bittet am 4. Mai 1942 den Leiter der Vereinigung der Juden in Belgien Salomon Ullman um seine Freilassung aus dem Lager
- 190** Der Einsatzleiter Belgien des Einsatzstabs Rosenberg fasst am 8. Mai 1942 die Pläne zur Verwendung der von den Juden geraubten Möbel zusammen
- 191** Die Brüsseler Treuhandgesellschaft nimmt am 15. Mai 1942 Stellung zur Liquidation der Firma von Marcel Halpern aus Antwerpen
- 192** Henry Strauß fragt am 2. Juni 1942 bei der Vereinigung der Juden in Belgien an, ob er sich registrieren lassen müsse
- 193** Die Brüsseler Bürgermeister weigern sich am 4. Juni 1942, Judensterne auszugeben
- 194** L'Ami du Peuple: Artikel vom 13. Juni 1942 über die fehlende Bereitschaft vieler Gemeinden, den gelben Stern zu verteilen
- 195** Der Präsident der Bürgermeisterkonferenz von Brüssel lehnt es am 19. Juni 1942 ab, jüdische Schüler auf separate Schulen zu schicken
- 196** Salomon van den Berg reflektiert in seinem Tagebuch die Zeit seit dem Beginn der Besetzung Belgiens bis zum 30. Juni 1942
- 197** Ein unbekannter Verfasser berichtet dem Jüdischen Weltkongress über Zwangsarbeit und andere Maßnahmen gegen Juden in Belgien vom Beginn der Besetzung bis zum Sommer 1942

## Luxemburg

- 198** Ein Nachtwächter entdeckt am 9. Juli 1940 antisemitische Parolen an der Luxemburger Synagoge
- 199** Das Nürnberger „Blutschutzgesetz“ zum Verbot von Ehen und außerehelichen sexuellen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden wird am 5. September 1940 auf Luxemburg übertragen
- 200** Juden müssen vom 5. September 1940 an ihre Unternehmen anmelden und dürfen nicht mehr frei über ihr Vermögen verfügen
- 201** Der Chef der Zivilverwaltung fordert die luxemburgische Verwaltungskommission am 5. September 1940 auf, Juden aus allen öffentlichen Ämtern zu entlassen
- 202** Das Konsistorium der Israelitischen Kultusgemeinde nimmt am 16. September 1940 Stellung zu den Plänen, alle Juden innerhalb von vierzehn Tagen aus Luxemburg zu vertreiben

- 
- 203 Rosa Steinberg schildert am 6. Oktober 1940 der Jüdischen Kultusgemeinde Luxemburg ihre Notlage
- 204 Aufbau, New York: Albert Nussbaum bittet am 7. Februar 1941 in einem Leserbrief um Hilfe für in Frankreich inhaftierte Auswanderer
- 205 Der Justizminister der Exilregierung fordert den Gesandten Luxemburgs in Washington am 8. Februar 1941 auf, sich um Asylnöglichkeiten für verfolgte luxemburgische Juden zu bemühen
- 206 Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde fordern am 27. Februar 1941 von der Firma Courthéoux, eine fristlos entlassene jüdische Angestellte zu entschädigen
- 207 Berthold Storfer und Paul Eppstein protokollieren am 25. April 1941 Eichmanns Anweisungen zur beschleunigten Auswanderung von Juden aus Luxemburg
- 208 Ein Jude aus Ettelbrück fragt den Bürochef der Israelitischen Kultusgemeinde am 7. Mai 1941 wegen des Diebstahls seiner Möbel um Rat
- 209 Das Konsistorium der Kultusgemeinde bittet am 13. Mai 1941 die Gestapo, ungestört Gottesdienste abhalten zu können
- 210 Die Judenfrage: Artikel vom 31. Mai 1941 über die Enteignung der Juden in Luxemburg und die „Arisierung“ der Wirtschaft
- 211 Der SD-Führer des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Luxemburg berichtet am 15. Juli 1941 über den Stand der Vertreibung und Verfolgung der Juden
- 212 Der Chef der Zivilverwaltung Simon schränkt am 29. Juli 1941 die Bewegungsfreiheit der Juden ein und schreibt ihre Kennzeichnung mit einer gelben Armbinde vor
- 213 Der Musiker Kurt Heumann bittet die Israelitische Kultusgemeinde Luxemburg am 16. September 1941, sich für seine Befreiung von der Zwangsarbeit im Straßenbau einzusetzen
- 214 Die Israelitische Kultusgemeinde kündigt am 5. Oktober 1941 die bevorstehenden Deportationen in den Osten an
- 215 Die Israelitische Kultusgemeinde gibt am 7. Oktober 1941 die Anweisungen des Einsatzkommandos zur Deportation ins Getto Litzmannstadt an die jüdische Bevölkerung weiter
- 216 Gisela Kahn erläutert am 10. Oktober 1941 ihre Ausreisepläne und bittet darum, von der angekündigten Deportation nach Litzmannstadt ausgenommen zu werden
- 217 Die Israelitische Kultusgemeinde schlägt der Gestapo am 13. Oktober 1941 vor, Alte und Kranke im Kloster Fünfbrunnen unterzubringen
- 218 Die Israelitische Kultusgemeinde Luxemburg gibt am 19. Oktober 1941 ihrer Hoffnung Ausdruck, den kurz zuvor Deportierten noch zur Auswanderung in die USA verhelfen zu können
- 219 Das Konsistorium warnt die Juden am 17. November 1941 vor dem persönlichen Kontakt zu Nichtjuden
- 220 Ester Galler schreibt ihrem Sohn am 20. November 1941 eine Karte aus dem Kloster Fünfbrunnen

- 221 Die Israelitische Kultusgemeinde informiert am 8. Dezember 1941 über die Möglichkeiten, Kontakt zu den nach Litzmannstadt Deportierten aufzunehmen
- 222 Im Auftrag der Gestapo fordert die Israelitische Kultusgemeinde ihre Mitglieder am 7. Januar 1942 auf, wärmende Kleidungsstücke abzugeben
- 223 Das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD in Luxemburg gibt am 16. April 1942 Anweisungen zur Vorbereitung auf die Deportation ins Generalgouvernement
- 224 Der Älteste der Juden in Luxemburg, Alfred Oppenheimer, hält am 16. April 1942 anlässlich der bevorstehenden Deportation eine Ansprache
- 225 Gertrud Cahen bittet Gauleiter Simon am 22. April 1942, ihre Schwiegermutter von der Deportation auszunehmen
- 226 Der Deportierte Josy Schlang beschwört das Konsistorium der Israelitischen Kultusgemeinde am 5. Juni 1942, ihn nicht im Stich zu lassen
- 227 Siegmund Leib berichtet der Luxemburger Exilregierung am 20. Juni 1942 über die deutschen Maßnahmen gegen die Juden

## Frankreich

- 228 Der französische Geschäftsträger in Berlin regt am 11. April 1933 an, Visa an Flüchtlinge nur nach sorgfältiger Auswahl zu vergeben
- 229 L'Univers Israélite: Artikel vom 3. Februar 1939 zum 150. Jahrestag der Französischen Revolution mit einem Rückblick auf die Geschichte der Juden in Frankreich
- 230 The New York Times: Leserbrief vom 28. November 1939 über die Lage ausländischer Flüchtlinge in Frankreich
- 231 Revue OSE: Artikel vom Januar 1940 über die Betreuung der aus Paris evakuierten jüdischen Kinder durch das Œuvre de Secours aux Enfants
- 232 Der deutsche Botschafter in Paris schlägt der Militärverwaltung am 17. August 1940 antijüdische Maßnahmen vor
- 233 Der deutsche Botschafter in Paris bittet den Reichsaußenminister am 20. August 1940 um die Zustimmung zum Erlass antijüdischer Maßnahmen in Frankreich
- 234 Der Unterpräfekt von Aix-en-Provence berichtet am 22. August 1940 über Zusammenstöße zwischen deutschen Juden und französischen Soldaten im Lager Les Milles
- 235 General de Gaulle versichert dem Jüdischen Weltkongress am 22. August 1940, dass die antijüdischen Bestimmungen nach der Befreiung Frankreichs aufgehoben werden
- 236 Die deutsche Militärverwaltung betont am 22. August 1940 die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen Juden in der besetzten Zone Frankreichs
- 237 Gabriel Ramet schreibt am 1. September 1940 eine erste Postkarte aus dem Lager Drancy an seine Angehörigen

- 
- 238 Die Erste Verordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich vom 27. September 1940 enthält Bestimmungen zur Kontrolle der Juden und verbietet jüdischen Flüchtlingen die Rückkehr in die besetzte Zone
- 239 Der Schriftsteller Walter Mehring hält im September 1940 in einem Gedicht seine Erfahrungen im Internierungslager St. Cyprien in Südfrankreich fest
- 240 The New York Times: Artikel vom 2. Oktober 1940 zum Vorhaben der Vichy-Regierung, ein gegen Juden gerichtetes Gesetz zu erlassen
- 241 Im Judenstatut vom 3. Oktober 1940 definiert die französische Regierung den Begriff „Jude“ und erlässt Berufsverbote
- 242 Am 4. Oktober 1940 beschließt die Regierung in Vichy, dass ausländische Juden auf Anordnung des zuständigen Präfekten interniert werden können
- 243 Jacques Biélinky beschreibt in seinem Tagebuch das Leben der Juden in Paris in der Zeit vom 19. Juli bis zum 6. Oktober 1940
- 244 Am 7. Oktober 1940 entzieht die Vichy-Regierung den Juden in Algerien die französische Staatsbürgerschaft
- 245 Die Gauleitung in Baden informiert die Kreisleiter der NSDAP im Elsass am 16. Oktober 1940 über die zukünftige Nutzung von Synagogen
- 246 Die Zweite Verordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich leitet am 18. Oktober 1940 die „Arisierung“ jüdischen Eigentums in der Besatzungszone ein
- 247 Der Senator Pierre Masse fragt bei Staatschef Pétain am 20. Oktober 1940 an, ob er die militärischen Ehrenzeichen seiner Familie zurückgeben müsse
- 248 Die Polizeipräfektur von Paris teilt der deutschen Besatzungsmacht am 26. Oktober 1940 die Ergebnisse der Judenzählung mit
- 249 Der in Gurs internierte Ludwig Baum aus Baden bemüht sich am 4. November 1940 um die Freigabe seiner persönlichen Habe
- 250 Rabbiner Kapel schildert seine Eindrücke aus dem Lager Gurs am 12. und 13. November 1940 und ruft zur Hilfe für die inhaftierten Juden aus Baden und der Saarpfalz auf
- 251 In der Verordnung vom 18. November 1940 regelt die Oberfeldkommandantur 670 die Ausgrenzung der Juden in den Departements Nord und Pas-de-Calais
- 252 Das Auswärtige Amt diskutiert am 21. November 1940 über die Proteste der französischen Regierung gegen die Abschiebung der Juden aus Baden und der Saarpfalz nach Südfrankreich
- 253 Der französische Justizminister nennt am 21. November 1940 Möglichkeiten, die Rasse der vom Judenstatut betroffenen Personen festzustellen
- 254 Ein französischer Jude empört sich am 4. Dezember 1940 in einem Brief an Marschall Pétain über das Judenstatut
- 255 Völkischer Beobachter: Artikel vom 8. Dezember 1940 über die Nutzung des Mobiliars der aus dem Elsass vertriebenen Juden
- 256 Angehörige der französischen Ministerien beraten am 16. Dezember 1940 in Vichy über die praktische Umsetzung des Judenstatuts

- 
- 257 Raymond-Raoul Lambert schildert in seinem Tagebuch vom 24. Juli bis 20. Dezember 1940, wie sich das Leben für die Juden verändert hat
- 258 Eine Schülerin schreibt am 30. Dezember 1940 ihrer entlassenen Lehrerin Fanny Lantz, dass sie deren baldige Rückkehr an die Schule erhofft
- 259 Die Polizei in Marseille berichtet über die Ansprache des Großrabbiners von Frankreich am 10. Januar 1941 in der Hauptsynagoge
- 260 Die Militärverwaltung und Vertreter des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei beraten am 30. Januar 1941 über die Gründung eines französischen Judenamts
- 261 Die Bank Crédit Lyonnais gibt ihren regionalen Niederlassungen am 26. Februar 1941 Anweisungen zum Umgang mit Konten von Juden
- 262 The Manchester Guardian: In einem Artikel vom 11. März 1941 wird die Lage deutscher Juden im französischen Internierungslager Gurs geschildert
- 263 Die Militärverwaltung skizziert am 4. April 1941 ihr weiteres Vorgehen gegen die Juden
- 264 Der französische Judenkommissar Vallat beschreibt dem deutschen Militärbefehlshaber am 4. April 1941 die Pläne der Vichy-Regierung in der Judenpolitik
- 265 Ein Internierter bittet am 23. April 1941 die Lagerleitung von Les Milles um Erlaubnis, zur Klärung von Ausreiseformalitäten nach Marseille fahren zu dürfen
- 266 Die Dritte Verordnung des Militärbefehlshabers über Maßnahmen gegen Juden vom 26. April 1941 schränkt die beruflichen und wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten weiter ein
- 267 Im Zuge der ersten Razzia gegen Juden wird Pinkus Eizenberg von der Polizeipräfektur in Paris für den 14. Mai 1941 einbestellt
- 268 L'Œuvre: Artikel vom 15. Mai 1941 über die Verhaftung ausländischer Juden
- 269 Mit der Vierten Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 28. Mai 1941 unterwirft der Militärbefehlshaber auch die nicht kommissarisch verwalteten Firmen von Juden der Kontrolle
- 270 Die französische Regierung verschärft mit dem Zweiten Judenstatut vom 2. Juni 1941 die Ausgrenzung von Juden aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben
- 271 Am 2. Juni 1941 verpflichtet die französische Regierung die Juden, sich registrieren zu lassen
- 272 Judenreferent Dannecker berichtet am 1. Juli 1941 über seine Pläne zum Umgang mit den Juden in Frankreich
- 273 Am 22. Juli 1941 erlässt die französische Regierung das Gesetz zur „Arisierung“ jüdischen Eigentums in der besetzten und der unbesetzten Zone Frankreichs
- 274 Die Frauen internierter Juden stürmen am 28. Juli 1941 das Büro des Jüdischen Koordinationskomitees und fordern die Freilassung ihrer Männer
- 275 Der Rabbiner Kaplan kritisiert am 31. Juli 1941 die Anordnung der Vichy-Regierung, wonach sich alle Juden registrieren lassen müssen
- 276 The New York Times: Artikel vom 22. August 1941 über die Verhaftungen von Juden in Frankreich



- 
- 277 Der Chef der Zivilverwaltung im Elsass stellt am 26. August 1941 Überlegungen zur Nutzung ehemaliger jüdischer Friedhöfe an
- 278 Pierre Lion macht sich am 2. September 1941 Notizen zum Kriegsverlauf und zur Lage in Frankreich
- 279 Paul Sézille erläutert am 4. September 1941 die Ziele der Ausstellung „Der Jude und Frankreich“
- 280 Der Präfekt des Departements Seine berichtet dem Generalkommissar für Judenfragen am 10. September 1941 über das Lager Drancy und die dortigen Versorgungsprobleme
- 281 Algerische Juden äußern am 10. September 1941 gegenüber Staatschef Pétain ihre Enttäuschung angesichts der erlassenen antijüdischen Maßnahmen
- 282 Pierre Lion schildert in seinem Tagebuch am 13. September 1941 die jüngsten Ereignisse in Paris und den Verlauf des Kriegs in der Sowjetunion und im Iran
- 283 Der Leiter eines jüdischen Waisenhauses übersendet dem Präfekten des Departements Creuse am 29. September 1941 die angeforderten Angaben zur Rassezugehörigkeit seiner Schützlinge
- 284 Das Kinderhilfswerk Union OSE berichtet im September 1941 über seine Tätigkeit in den Monaten Juni, Juli und August
- 285 Der Judenreferent der Deutschen Botschaft in Paris schlägt am 8. Oktober 1941 die Abschiebung von Juden aus Konzentrationslagern im besetzten Frankreich vor
- 286 Das Reichssicherheitshauptamt verbietet Juden am 23. Oktober 1941 die Auswanderung in Drittstaaten
- 287 Jüdische Hilfsorganisationen diskutieren am 24. Oktober 1941 in Marseille über die geplante Zwangsorganisation für Juden
- 288 The New York Times: Artikel vom 26. Oktober 1941 über die Stellungnahme des US-Präsidenten Roosevelt zu den Geislerschießungen in Frankreich
- 289 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Heydrich äußert sich am 6. November 1941 über die Beteiligung seiner Dienststelle an den Sprengstoffanschlägen auf Synagogen in Paris
- 290 Ein Ehepaar schildert am 11. November 1941 seine Flucht aus Paris über die Demarkationslinie in die unbesetzte Zone
- 291 Fanny Lantz beschreibt ihrem im Lager Drancy inhaftierten Ehemann am 13. November 1941, wie Angehörige und Freunde an seinem Schicksal Anteil nehmen
- 292 Chaim Rachow fragt am 15. November 1941 das Koordinationskomitee nach einer Arbeit in der Landwirtschaft, um seine Frau und seine Kinder ernähren zu können
- 293 Der französische Künstlerverband fordert am 17. November 1941 seine Mitglieder auf, eine Abstammungserklärung abzugeben
- 294 Gabriel Ramet schreibt am 19. November 1941 aus dem Lager Drancy an seine Eltern
- 295 Die französische Regierung gründet am 29. November 1941 eine jüdische Zwangsvereinigung
- 296 Ein anonymen Verfasser beschwert sich im November 1941 bei Judenkommissar Vallat über den jüdischen Einfluss in Frankreich

- 
- 297 In einem anonymen Brief an Staatschef Pétain wird Ende November 1941 die Diskriminierung der Juden durch die Rassengesetze in Frankreich angeprangert
- 298 Raymond-Raoul Lambert schildert in seinem Tagebuch vom 30. November bis 11. Dezember 1941 seine Begegnungen mit Judenkommissar Xavier Vallat
- 299 Die Sicherheitspolizei verhaftet am 12. Dezember 1941 in Paris mehr als 700 Juden
- 300 Der Militärbefehlshaber in Frankreich ordnet am 14. Dezember 1941 nach Attentaten gegen deutsche Soldaten Hinrichtungen und die Deportation von Juden an
- 301 Jacques Grinbaum schreibt seiner Familie am 14. Dezember 1941 einen letzten Brief vor seiner Hinrichtung
- 302 The Manchester Guardian: Artikel vom 15. Dezember 1941 über die Geislerschießungen in Frankreich
- 303 In einem Brief an seine Verlobte schildert Isaac Schoenberg am 15. Dezember 1941 sein Leben im Lager Pithiviers
- 304 Der Kommandant von Groß-Paris wird am 21. Dezember 1941 angewiesen, die im Lager Compiègne inhaftierten Juden auf ihre Arbeitsfähigkeit „im Osten“ hin untersuchen zu lassen
- 305 Das Reichssicherheitshauptamt spricht sich am 24. Dezember 1941 dagegen aus, französische Kommunisten gemeinsam mit Juden aus Frankreich zu deportieren
- 306 Die Kommunistische Partei Frankreichs ruft Ende Dezember 1941 zum Widerstand gegen den Antisemitismus auf
- 307 Die jüdische Lagerkommission berichtet Ende 1941 von ihren Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Internierungslagern
- 308 Der Verband der französischen Banken erklärt sich am 12. Januar 1942 dazu bereit, der jüdischen Zwangsvereinigung einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Francs zu bewilligen
- 309 Der Berufsverband der Möbelindustrie bittet den Judenkommissar Vallat am 24. Januar 1942 darum, Möbelgeschäfte zu „arisieren“
- 310 Der Regionalpräfekt von Marseille informiert am 3. Februar 1942 das französische Innenministerium über die Umsetzung der antijüdischen Weisungen der Regierung
- 311 Der Militärbefehlshaber in Frankreich erlässt mit der Sechsten Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 7. Februar 1942 Ausgangsbeschränkungen und ein Umzugsverbot
- 312 Die Deutsche Botschaft in Paris informiert das Auswärtige Amt am 10. Februar 1942 über die Entscheidung Hitlers zum Umgang mit den Wohnungseinrichtungen deportierter Juden
- 313 Ein Jude bittet am 12. Februar 1942 Staatschef Pétain anonym darum, zwischen französischen Juden und jüdischen Einwanderern zu unterscheiden
- 314 Benjamin Schatzman schildert im Februar 1942 in seinem Tagebuch das Leben im Lager Compiègne
- 315 Der Judenkommissar Vallat schickt der Militärverwaltung am 2. März 1942 eine Übersicht über die entlassenen jüdischen Beamten und Angestellten

- 
- 316** Judenreferent Dannecker berichtet am 10. März 1942 über eine Besprechung im Reichsicherheitshauptamt bei der die Deportation von 5000 Juden aus Frankreich beschlossen wurde
- 317** Der Polizeikommissar von Compiègne unterrichtet den Präfekten des Departements Oise am 20. März 1942 über den Abtransport von Juden aus dem Lager Compiègne
- 318** Judenreferent Dannecker teilt dem Reichsicherheitshauptamt am 27. März 1942 die Abfahrt eines Zuges mit 1100 deportierten Juden aus Frankreich nach Auschwitz mit
- 319** Die französische Polizei für Judenfragen informiert den Generalsekretär der französischen Polizei über ihre Ermittlungstätigkeit im April 1942
- 320** Der Journalist Lucien Rebatet spricht sich im April 1942 für eine Gettoisierung der Juden aus
- 321** Le Matin: Artikel vom 6. Mai 1942 über die Vorhaben des neuen Judenkommissars Darquier de Pellepoix
- 322** Robert Lantz schreibt am 9. Mai 1942 einen aus dem Lager Drancy geschmuggelten Brief an seine Frau Fanny
- 323** In der Achten Verordnung über Maßnahmen gegen Juden ordnet der Militärbefehlshaber am 29. Mai 1942 die Kennzeichnung der Juden mit einem gelben Stern an
- 324** Der Schüler Alain Sené macht sich im Frühsommer 1942 Gedanken darüber, wie sein jüdischer Mitschüler Youra Riskine auf die Einführung des Judensterns reagieren wird
- 325** Die Studentin Hélène Berr hält am 8./9. Juni 1942 in ihrem Tagebuch fest, wie die Kennzeichnung durch den gelben Stern sie aufwühlt
- 326** Le Cri du Peuple: Artikel vom 11. Juni 1942 über eine Anwältin, die den Judenstern auf ihrer Anwaltsrobe trug
- 327** Judenreferent Dannecker informiert am 18. Juni 1942 über die Abfahrtszeiten von weiteren Deportationszügen
- 328** Gustave Ziboulsky berichtet seiner Frau am 20. Juni 1942 in seinem letzten Brief aus dem Lager Drancy von seinem bevorstehenden Abtransport